

fige!
mmenen
den zu-
er Wei-
s r u ch
die Brief
are für
ie Orts-
ch deren
uskunft
gskiffen
er auf-
melung
als bis
hs Be-
l Frage
bei den



Teltower Kreisblatt

Tageszeitung für nationalsozialistische Politik

Ämtliche Zeitung des preussischen Landkreises Teltow. — Parteiämliches Kreisorgan der N.S.D.A.P.

Bestellungen werden von den Postanstalten, den Briefträgern und unseren Nebenstellen im Kreise oder direkt beim Verlage angenommen. Bezugspreis monatlich 1,60 RM. zuzüglich Postgeb. Das Teltower Kreisblatt erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Anzeigen werden im Verlage: Berlin W 35, Lühowstr. 87, bei unseren Nebenstellen im Kreise und allen Anzeigenannahmen angenommen. Die sechsgehaltene Millimeterzeile oder deren Raum kostet 8 Pfennig, die dreigehaltene Millimeterzeile im Reklamefeld des Blattes 0,28 Reichsmark. Verlag und Schriftleitung: Berlin W 35, Lühowstr. 87. Fernruf: Sammel-Nr. B 2 Lühow 0671. Postfachkonto: Berlin Nr. 249 19.

Status-quo-Saar — ein Weltunglück

Gauleiter Bürckel, Saarbevollmächtigter der Reichsregierung, brandmarkt Erhaltung des bisherigen Zustandes an der Saar (status quo)

Große Kundgebung in Kaiserslautern

Auf der großen Saarkundgebung in Kaiserslautern hielt der Saarbevollmächtigte der Reichsregierung, Bürckel, eine eindrucksvolle Rede.

Die Auserungen Doumergues, sagte Bürckel, geben uns die Hoffnung, daß ein ehrlicher Friedenswille zweier großer Nationen und Völker endlich zur Grundlage einer anständigen und ehrenvollen Verständigung wird. Leider gibt es im Hinblick auf die Saargebietung noch sehr erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Frankreich. Mit einem Schläge wird aber auch das Saarproblem aufgehört haben, ein Hindernis der Verständigung zu sein, wenn die Grundsätze des französischen Ministerpräsidenten, die in einem eindeutig feststellbaren Gegensatz zu der französischen Saarbeneidung stehen, zur Grundlage der französischen Saarpolitik gemacht werden.

Da es als eindeutig erwiesen gilt, daß an der Saar nur deutsche Menschen wohnen, ist für Deutschland die bedingungslose Rückgliederung des deutschen Saarlandes eine natle Selbstverständlichkeit.

Die Erfindung der nicht vorhandenen 150 000 Saarfranzosen, hinter der sich gewisse wirtschafts-imperialistische Interessen verbergen, hat in den Kreisen französischer Politik den Wunsch laut werden lassen, mit allen Mitteln die Wiedervereinigung der Saar mit Deutschland zu verhindern. Die französische Politik hat es für richtig gehalten, die innerpolitische Entwicklung Deutschlands dazu zu benutzen, ihrer Saarpolitik eine andere Richtung zu geben, d. h. die französische Propaganda auf die Erriktung eines endgültigen Status quo zu konzentrieren. Mit anderen Worten: die französische Propaganda und Diplomatie unternimmt den Versuch, mit Hilfe einer deutschen Regierungsopposition an der Saar eine Scheinminderheit auftreten zu lassen,

die die selbstverständliche Rückgliederung verhindern soll. Diese Methode, unterstüzt Gauleiter Bürckel, steht in unzulässigen Gegensatz zu den letzten Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten, denn sie bedeutet eine Einmischung in rein innerdeutsche Angelegenheiten.

Deutschland erwartet vom Völkerverbund eine eindeutige Klarstellung des Begriffes Status quo, die jede Verschiebung der Fragestellung auf ein inner-

politisches Gleis ausschließt und die gleichzeitig jedem Abstimmenden zur Kenntnis bringt, daß diese Abstimmung ein- und allemal endgültig ist, weil eine zweite Abstimmung gegen den Verfall der Vertrag verstößt und theoretisch eine unendliche Kette von Abstimmungen zur Folge haben müßte.

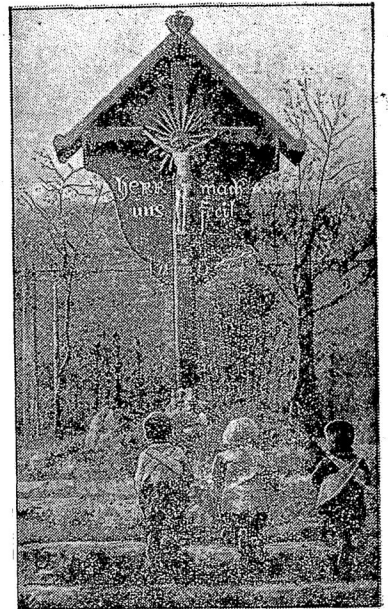
Die Gegner der Rückgliederung an Deutschland möchten jeden, der zu Deutschland will, nur als parteipolitischen Gegner behandelt wissen, während es dem wahren Sinn des Selbstbestimmungsrechtes entspricht, wenn jeder deutsche Mensch im Saargebiet, gleichgültig zu welcher politischen Weltanschauung er sich bekennt, die Rückgliederung an Deutschland als Selbstverständlichkeit fordert.

Ein Status-quo-Saargebiet ist nicht nur das Hindernis für eine deutsch-französische Verständigung, es wäre nicht zuletzt ein fährlicher Gefahrenherd für die nationalpolitische Einheit der französischen Nation selber. Ein Status-quo-Saargebiet — das wäre nicht der Sieg Frankreichs über Deutschland, das wäre der Sieg des internationalen Bolschewismus über alle europäischen Staaten.

So gewinnt das Saarproblem für die künftige Entwicklung Europas doppelte Bedeutung: Es ist entscheidend für das deutsch-französische Verhältnis der Zukunft, es könnte sogar entscheidend werden für die innerpolitische Entwicklung Frankreichs.

Um die Emigranten besorgte Ausländer fragen immer wieder, was nach der Rückgliederung aus den Emigranten würde, die sich im Saargebiet aufhielten. Darauf gibt es nur die eine Antwort: Wir wünschen unserem deutschen Saarkind nach fünfzehnjähriger Trennung seinen Tag länger diese Landplage der Gesinnungslosigkeit. Wir werden dafür sorgen, daß diese Menschen keine Mängelheit haben, auf deutschem Boden die Führer fremder Staaten oder die des eigenen Landes meuchlings niederzuknallen, um so einen Weltbrand legen zu können.

Gauleiter Bürckel sprach dann über die, die ihren Einsatz für den Status quo konfessionell motivieren. Er wies auf die Zeit hin, in der die Gottlosenverbände die deutschen Hauptstädte durchzogen, in der in Theatern und Kinos alles in den Rot getrieben wurde, was den Menschen heilig ist. Am Ende jener Entwicklung hätten brennende Kirchen und Klöster gestanden. Seit der Führer regiert, sind diese Dinge vorüber. Das Bekenntnis zu seinem Volkstum gehört auch zur Religion.



Die Bitte des Saargebietes

In Barndt — einem saarländischen Waldgebiet an der lothringischen Grenze, das wegen seines Kohlenreichtums von Frankreich besonders begehrt ist — steht ein Kreuzfig mit der Aufschrift: Herr, mach uns frei!

auf der unaußlöschlichen Sehnsucht nach dem gerechten Ausgleich, die in die Brust jedes Menschen gelegt ist. Nach diesem Ziel wird auch der neue Staat trachten. Doch eine derartige Umwälzung, wie wir sie erlebt haben, auch an die Grundlagen des Rechts rütteln muß, ist unabwehrbar. Auch dazu hat der Führer bereits sein Bekenntnis abgelegt: Nicht das Individuum kann Gegenstand gesetzlicher Sorge sein, sondern das Volk. Die Rechtsordnung kann nicht den Lebensbezirke eines einzelnen abgrenzen und zu schützen suchen, sondern das Recht kann nur schaffen und verhandeln werden als die Ausdrucksform des Lebens des Volkes.

Und wenn der einzelne nur seine Bedeutung als Genosse des Volkes hat und haben kann, so kann auch das Recht seine Grundlage nur haben in den Rechten der Gemeinschaft.

Die praktischen Folgerungen daraus sind ganz einfach zu ziehen: Die Rechtslehre ist kein Unterricht in den Kampfregeln, mit denen man die Interessen des Lebens ausübt, sondern ein Bekenntnis, eine Anschauung. Die Erzählung des juristischen Nachwuchsbezweckes nicht die Vermittlung rein formeller Lehren, sondern die Heranbildung von Menschen, deren rechtsüberübende Tätigkeit in keiner Stunde etwas anderes ist wie das Bekenntnis zu dem großen Glaubenssatz, den ich als die Grundlage der Gesamtheit des Volkes bezeichne habe. In gleicher Weise hat der Geist der neuen Zeit in

Reichseinheit — Reichsjustiz

Die 100-Jahr-Feier des Oberlandesgerichts Kiel erhielt durch eine Rede des Reichsministers der Justiz, Dr. Gürtner, ihre besondere Note. Dr. Gürtner sprach über das Thema „Einheitliche Justiz im einheitlichen Reich“ und führte u. a. aus: Der heutige Tag läßt dazu ein, den Blick auf ein Jahrhundert deutscher Geschichte zurückzulenken. Dieses Jahrhundert ist ganz gewiß eines der inhaltreichsten der deutschen Geschichte überhaupt. Es führte das deutsche Volk durch tiefste Tiefen und zu höchsten Höhen. Das weltgeschichtlich bedeutungsvollste Ereignis dieses Jahrhunderts haben alle selbst miterlebt: den Weltkrieg. Dieses Erlebnis drohte nach Beendigung des Krieges verlorenzugehen. Der Führer und Kanzler war es, der dieses arambiose Kriegserlebnis nicht nur zur vollstärkenden

Idee, sondern nach etwa vierzehnjährigem Kampfe zur wirklichen Tat gemacht hat.

Bezüglich des Rechts hat der Führer die Richtung gewiesen durch den Satz: „Wir wollen den Grundsatze, daß jeder vor dem Gesetz und vor dem Richter gleich ist.“ Mit diesem Bekenntnis ist der ganze Dunst zerblasen worden, der aus den spitzfindigen Erörterungen aufsteigen war, ob denn dieser neue Staat überhaupt eine Stellung zum Recht und zur Rechtsordnung haben werde.

Kein Staat und keine Gemeinschaft aber kann auf die Dauer leben, ohne auf dem Recht gegründet zu sein.

Das Recht ist nicht ein Gedankengebilde oder eine Zweckmäßigkeitregel, sondern entspringt im letzten Grunde doch

W. B. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.